

Klimaschützer müssen umdenken lernen

Die Expertenkommission Forschung und Innovation schreibt in ihrem Gutachten für die Bundesregierung: „Das EEG sorgt also nicht für mehr Klimaschutz, sondern macht ihn deutlich teurer.“ Und „dass das EEG weder ein kosteneffizientes Instrument für Klimaschutz ist noch eine messbare Innovationswirkung zu entfalten scheint“. Aus beiden Gründen ergibt sich deshalb keine Rechtfertigung für eine Fortführung des EEG. Deshalb wurde Hermann Gottschalk von „Gegenwind“ mit einer Umweltpaketten vom CSU-Politiker Dr. Herrmann Ulm geehrt.

Die Klimaschützer müssen also umdenken, denn mit Windrädern vermeiden sie kein CO₂.

Das geht nur, wenn wir mit Energie sparsamer wirtschaften. 115 Euro kostet die Einsparung von einer Tonne CO₂ mit Windrädern an Land, dagegen nur 22 Euro mit Gaskraftwerken. Mit Blockheizkraftwerken könnten wir gar 24 Euro pro Tonne einsparen. Das ermittelten Wissenschaftler der Uni Stuttgart.

Daher sollten die Klimaschützer Dr. Herrmann Ulm dankbar sein. Er hilft ihnen, ihre Ziele zu erreichen.

Denken sollten sie an auch jene fünf Millionen, die laut Westfälischen Energieinstitut unter erdrückenden Strompreisen sinnlos leiden, auch im Landkreis Forchheim.

Friedrich Buer
Neustadt a. d. Aisch

Andere machen die Arbeit

Herr Kattenbeck vom Forchheimer Bund Naturschutz übt harsche Kritik an der Verleihung eines Umweltpreises an eine Bürgerinitiative.

Dabei macht diese Bürgerinitiative genau das, was eigentlich ureigenste Aufgabe des Bundes naturschutz wäre: Nämlich die fränkische Kulturlandschaft vor den Auswüchsen der überhasteten Energiewende zu schützen und den Bau von riesigen Windkraftanlagen direkt vor dem Walberla kritisch zu hinterfragen.

Herr Kattenbeck wirft der Initiative vor, keine konstruktiven Vorschläge zum Gelingen

der Energiewende in der Region zu machen, und unterschlägt dabei, dass die betroffene Gemeinde Pinzberg bereits jetzt aus erneuerbaren Energien (Biomasse und Solar) doppelt so viel Strom erzeugt, wie sie selbst verbraucht.

In Folge dessen hat der Pinzberger Gemeinderat einstimmig den Bau der Windindustrieanlagen abgelehnt. Es ist schade zu sehen, dass der Bund Naturschutz Bürgerengagement anscheinend nur dulden mag, wenn seine eigene Meinung vertreten wird.

Jürgen Schettle
Effeltrich

Naturschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe

Ist die Natur zu schützen ein Privileg des Bund Naturschutz? Ist es ein Privileg des Bündnisses Energiewende im Landkreis Forchheim, die Bürger über die Energiewende und ihre Folgen aufzuklären? Ist es ein Privileg des Arbeitskreises „Bau verträglicher Windkraftanlagen im Landkreis Forchheim“, die Auswirkungen eines Windparks am Lappberg darzustellen? Die Bürgerinitiative Gegenwind Effeltrich-Pinzberg-Poxdorf ist eine Gruppe ganz normaler Bürger mit einer unbequemen Meinung. Unsere Argumente sind

fundiert, denn wir haben in unseren Reihen Biologen, Ingenieure, Physiker und Selbstständige im Bereich Wirtschaftswesen. Wir lieben unsere fränkische Heimat und werden uns weiter dafür einsetzen, eine unausgereifte Technologie, die schwerwiegende Eingriffe in die Natur mit sich bringt, zu verhindern. Wir sehen alternative Wege bei der Energiewende und vor allem sehen wir die Notwendigkeit, die vielen Aspekte zur Energiewende aus einer alternativen Sicht zu erklären.

Reiner Pracht, Poxdorf

Gegen moralische Indoktrination angehen

Wer sind Frau Cunningham und Herr Kattenbeck, die sich intellektuell und moralisch über anders Denkende stellen und sich als die wahren Klimaschützer darstellen?

Im kontrovers diskutierten Thema Energiewende kann der Bau von Windrädern bei Pinzberg nicht die einzige Wahrheit sein. Nebenbei bemerkt, ist die klimaschützende Wirkung von Windrädern ohnehin umstritten.

Dennoch indoktrinieren uns diese Leute mit Denkverböten und Handlungsanweisungen, damit wir ihre Ideologie nicht hinterfragen.

Diesen Blödsinn ertrage ich nicht mehr, denn es ist doch klar, dass Windkraft keine Alternative zur Atomkraft sein kann, wie Kattenbeck durch den angstbesetzten Hinweis auf Fukushima suggerieren will.

Mir wird übel bei solcher Instanz, die meint, über richtig oder falsch entscheiden zu können.

Der Forchheimer CSU ist der Einsatz gegen diese Industriegiganten und aller damit verbundenen negativen Auswirkungen eine Ehrung wert: Sie bekennt sich dazu, dass der Erhalt von Landschaft und Lebensraum wichtiger sein kann als eine fragwürdige, auf jeden Fall aber zerstörerische Klimaschutzmaßnahme, an der sich einige wenige bereichern.

Über diese klare Aussage – trotz Wahlkampf – freue ich mich.

Sabine Kas
Pinzberg

Windräder n

Zum Artikel „Schau in Heiligenstadt rückt Magerrasen und Beweidung in den Fokus“ im FT vom 26. Februar:

Bei der Ausstellungseröffnung des Bayern-Netz Natur-Projektes „Blühender Jura“ im Rathaus Heiligenstadt wies unser Bürgermeister auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Biotope für die Umwelt hin. Im Rahmen der Flurneuordnungsmaßnahmen hat der Markt Heiligenstadt zusätzlich über 20 Hektar dieser schützenswerten Flächen übernommen.

Klimaschützer sind zu Unrecht entsetzt

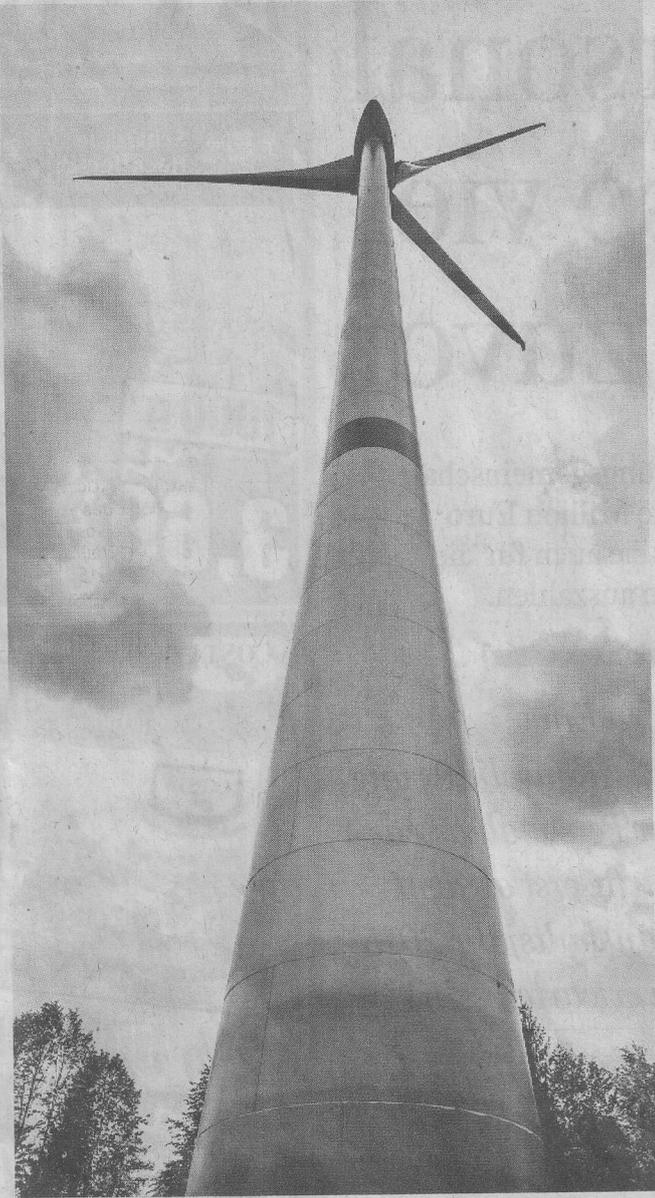
Mahnwachen wegen Fukushima sind eine Sache. Der Schutz der einzigartigen Fränkischen Schweiz mit ihrer Artenvielfalt ist eine andere. Für den Bund Naturschutz, Herrn Kattenbeck und Kollegen, gibt es in der Fränkischen Schweiz wahrhaftig viel zu tun. Sie sollten sich nicht zu Lobbyisten der Windenergie-Investoren machen.

Ihre Beiträge zur Energiewende (WKA) beinhalten kein fundiertes Sachwissen, sondern nur lobbyistische und ideologische Inhalte. Eine Irreführung der Bürger wird so erreicht. Aussprüche wie „Wind und Sonne schicken keine Rechnung“ sind einfach nur unglaublich. Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schickt mittlerweile sehr hohe Rechnungen: monatlich, steigend, Subventionen 22 Millionen Euro jährlich, 20 Jahre lang.

Zusätzlich steigt der CO₂-Ausstoß dramatisch. Aus wirtschaftlichen und physikalischen Gründen wird eine Speicherung noch lange nicht möglich sein. Dieses sollten sie eigentlich wissen, auch Herr Wurmthaler. Herr Hermann Gottschalk hat wegen seiner aufklärenden Arbeit/Bürgerinitiative „Gegenwind“ den Umweltpreis 2014 verdient.

Herr Dr. Hermann Ulm hat in keinsten Weise einen Affront begangen. Die Energie-Problematik gerade für die Fränkische Schweiz, mit fast keiner Industrie, überwiegend Touristik, ist ihm bekannt.

Friedrich Schumann
Effeltrich



Wind und Gegenwind

Kreis Forchheim - Hermann Ulm, Bürgermeister von Kunreuth und CSU-Landratskandidat, überreichte unlängst für den CSU-Kreisverband die Karl-Eugen-Koehl-Umweltverdienstmedaille an die Bürgerinitiative „Gegenwind“. Diese Auszeichnung kritisierte Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der Kreisgruppe Forchheim des Bund Naturschutz (BN), als „Schlag ins Gesicht aller Bürger, die Klimaschutz wollen“. Dazu haben uns viele Leserbriefe erreicht. Foto: Armin Weigel/dpa

nicht einfach den Nachbarn zumuten

Andererseits will er aber 186 Hektar (entspricht der Größe von 260 Fußballfeldern nach der Fifa-Norm) und davon sogar 146 Hektar aus dem Landschaftsschutzgebiet Fränkische Schweiz-Veldensteiner Forst herausnehmen und für den Bau von Windkraftanlagen opfern.

Ist das nicht ein Widerspruch? Genauso wirbt ein Grüner Kreisrat aus Stegaurach in seinen Wahlunterlagen für einen engagierten Naturschutz, aber andererseits will auch er, dass die 146 Hektar aus dem Land-

schaftsschutzgebiet herausgenommen werden. Ich habe ihm schon einmal gesagt, dass er seine Windräder auf die Altenburg bauen soll und nicht neben Schloß Greifenstein, dann kann er sie jeden Tag von Stegaurach aus bewundern!

Die Grünen Kreisräte stehen für ein faires Miteinander in ihrer Wahlwerbung, aber ignorieren, dass sich 90 Prozent der Hohenpölzer, die Gemeinden Königfeld, Aufseß, die Stadt Hollfeld, der Landkreis Bayreuth, das Bayerische Landesamt für

Denkmalpflege, der Fränkische Schweiz-Verein, der Verein zum Schutz des Naturparks Fränkische Schweiz gegen einen Windpark Brunn im Landschaftsschutzgebiet ausgesprochen haben und Hohenpölz von Windrädern umzingelt wird. Das kann doch nicht wahr sein! Die Grünen Kreisratskandidaten werben für sanften Tourismus und einen Nationalpark Steigerwald, aber der Jura darf belastet und verschandelt werden.

Renate Herbst
Hohenpölz